

## 1 Einleitung

Aus der Atomkraft-Gegner-Szene und der Umweltbewegung heraus haben sich in vielen Ländern die grünen Parteien gebildet. In Deutschland haben die Grünen die Energiewende – die Abkehr von der Nutzung fossiler Energie und die Umstellung auf erneuerbare Energieträger – jahrzehntelang wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Als auf die Stromerzeugung mit erneuerbaren Energieträgern im Jahr 2020 mit 45 %<sup>1</sup> nahezu die Hälfte der gesamten Stromerzeugung in Deutschland entfiel, wurde das als Durchbruch der Energiewende gefeiert. Das noch im März 2022 herausgegebene Informationsblatt des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Klima trägt den Titel: *Die Energiewende, Erneuerbare Energien 2021*. Der kriegerische Einzug Russlands in die Ukraine und das Vorgehen Putins, Energie als strategisches Druckmittel einzusetzen, haben diesen Selbstbetrug der Grünen und ihrer Gefolgschaft auf brutale Weise aufgedeckt. Denn die über Jahrzehnte mit Dutzenden Milliarden Euro geförderten erneuerbaren Energieträger Wind und Solar lieferten in 2021 gerade einmal 8,2 % bzw. 3,4 % zum Primärenergieverbrauch.<sup>2</sup>

Auf einen Schlag wurde klar: Kohle, Gas und Atomkraft liefern nicht nur zuverlässig Strom, wenn er gebraucht wird. Viel deutlicher wurde noch, dass ohne fossile Energie die Wohnungen kalt bleiben und den Unternehmen die notwendige Prozessenergie zur Herstellung der Güter fehlt. Wenn aber die Wirtschaft zusammenbricht, bricht auch das Gesellschaftssystem zusammen. Die Fakten waren keineswegs unbekannt. Politisch schien es jedoch erfolgversprechender, die Energiewende nicht auf der Basis vollständiger Information umsetzen zu wollen, sondern so zu tun, als würde der Austausch der ungeliebten Atom- und Kohlemeiler gegen Windräder und Photovoltaikanlagen genügen, die Energiewende herbeizuführen.

Einen ähnlichen Selbstbetrug erleben wir bei dem Maßstab für Einkommen und Leistung einer Nation. »Das Bruttoinlandsprodukt ist das Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung)«, schreibt das statistische Bundesamt in Deutschland.<sup>3</sup> Nicht nur lässt diese Definition der wirtschaftlichen Leistung den Wert der nicht bezahlten Leistungen der Bürger, etwa bei der Kindererziehung oder der Pflege, außer Betracht. Auch erhöht die Beseitigung von Umweltschäden das Bruttoinlandsprodukt (BIP), während die Umweltschäden selbst nicht als Malus berücksichtigt werden. Die Berechnung führt entsprechend zu viel Kritik und alternativen Vorschlägen, die regelmäßig in der Forderung nach einer

1. In 2021 fiel die Stromerzeugung durch erneuerbare Energien wegen geringen Windeintrags auf 41 %. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, *Die Energiewende, Erneuerbare Energien 2021*, [www.bmwk.de](http://www.bmwk.de), abgerufen am 23.10.2022
2. Energieverbrauch Deutschland 2021: Primärenergieträger & Strommix, Tech for Future, [www.tech-for-future.de](http://www.tech-for-future.de), abgerufen am 5.09.2022
3. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Bruttoinlandsprodukt (BIP), Statistisches Bundesamt, [destatis.de](http://destatis.de), abgerufen am 5.09.2022, kursive Hervorhebung vom Autor

Erweiterung des BIP durch die Erfassung dieser bisher nicht berücksichtigten Leistungen mündet. Die Fixierung des Maßstabs der Wertschöpfung nur auf finanziell entgeltete Leistungen führe zu einer Fehlsteuerung der Wirtschaft und sei mit ursächlich für ökologische und soziale Schief lagen. Manche sehen im BIP gar die Wurzel allen Übels.<sup>4</sup> Als Ergebnis der Analyse wird regelmäßig die Forderung nach stärkerer und direkterer Steuerung der Wirtschaft durch den Staat postuliert.

Das wirklich Problematische am heutigen BIP ist aber nicht, dass nicht alle für die Gesellschaft relevanten Leistungen erfasst werden, sondern dass die finanzwirksame Wertschöpfung und damit das volkswirtschaftliche Einkommen zu hoch ausgewiesen wird. Wer in Deutschland ein Auto für 40 000 Euro kauft, muss knapp 48 000 Euro auf den Tisch des Verkäufers legen. Das Unternehmen, das ihm das Auto verkauft, muss die rund 8000 Euro Umsatzsteuer bis zum Zehnten des Folgemonats an das zuständige Finanzamt weiterleiten. Als durchlaufenden Posten bezeichnen die Unternehmen diese Verbrauchssteuer, die in der Gewinn- und Verlustrechnung der Unternehmen auf der Einnahmenseite deshalb auch nichts zu suchen hat. Anders beim BIP. Dort ist die Umsatzsteuer Teil der Marktpreise und erhöht das BIP. Dass die Umsatzsteuer keine werthaltige Leistung ist, erkennt man daran, dass sie bei der Wertschöpfung hinzuaddiert werden muss. Und es bleibt auch nicht nur bei der Umsatzsteuer. Beim Kraftstoff betragen die diversen Verbrauchssteuern etwa die Hälfte des Preises oder das Doppelte des Warenwertes. Gütersteuern nennen sich diese Posten, von denen die Umsatzsteuer nur die größte ist. Weiter werden die in den Gütermarktpreisen bereits in der Kalkulation der Bruttolöhne *enthaltenen staatlichen Leistungen* im BIP noch einmal, also doppelt erfasst. Das erkennt man leicht daran, dass sie auf der Verwendungsseite, also der Erlösseite, als »Staatsverbrauch« hinzuaddiert werden müssen, weil es keine Markterlöse dafür gibt. Denn der Staatsverbrauch ist ja bereits als Steuer und Sozialabgabe in den Löhnen und damit in den Preisen der marktfähigen Güter enthalten. Würden Unternehmen in dieser Art und Weise bilanzieren, erhielten sie niemals das Testat einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, womit diese die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses bestätigen. An der falschen Bilanzierung staatlicher Einnahmen scheint sich hingegen niemand zu stören.

Das BIP führt zu einem zu niedrigen Ausweis der Sozialkosten- und Verschuldungsquoten. So wird die Abgabenquote in Deutschland für das Jahr 2020 mit 41 % vom BIP angegeben. Davon entfallen 23 % auf die Steuern und 18 % auf die Sozialabgaben.<sup>5</sup> Die Zahlen suggerieren, dass die Abgabenquote insgesamt nicht überhöht ist und den Einkommensbeziehern immerhin fast 60 % für den privaten Konsum bleiben. Dem ist aber nicht so. Die Abgabenquote für *Durchschnittsverdiener*, bezogen auf die Lohnkosten – also inklusive der Arbeitgeberanteile –, liegt in Deutschland zwischen 40,8

4. Raworth, Kate, *Die Donat Ökonomie*, Hanser Verlag, München 2018, S. 45

5. Bundesministerium für Finanzen, *Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten*, bundesfinanzministerium.de, abgerufen am 5.09.2022, vgl. auch sozialpolitik-aktuell.de, abgerufen am 5.09.2022

und 47,8 % laut einer jüngsten Studie des Finanzministeriums.<sup>6</sup> Dass Deutschland mit diesen Zahlen in Europa an der Spitze liegt, knapp vor Frankreich und Italien, beunruhigt bereits. Wirklich erschreckend ist jedoch, dass Länder, mit denen Europa konkurriert wie Japan, Kanada, Großbritannien und die USA um 10 – 15 Prozentpunkte darunter liegen.<sup>7</sup>

Vor allem aber zeigen die Werte des Durchschnittsverdieners nur die halbe Wahrheit. In Deutschland ist man bereits mit 68 210 Euro (rund 4830 Euro pro Monat bei 13 Gehältern) Spitzenverdiener, für die nach der Grundtabelle der Spitzensteuersatz von 42 % beginnt. Im Schnitt beträgt die Steuer bei diesem Einkommen 27,4 %. Zuzüglich 20 % Arbeitnehmeranteil an den Sozialkosten verbleiben dem Arbeitnehmer 53,6 % netto. Da der Arbeitgeber ebenfalls Sozialkosten zahlt, belaufen sich die Lohnkosten, die er kalkulieren muss, auf 81 852 Euro. Davon erhält der Arbeitnehmer einen *Nettolohn in Höhe von 35 889 Euro und der Staat erhält 45 963 Euro*. Bereits bei qualifizierten Arbeitnehmern, die als Fachkräfte dringend gesucht werden, kassiert der Staat 56 % der Lohnkosten. Beim Konsum des Arbeitnehmers reduzieren Verbrauchssteuern noch einmal deutlich das Nettoentgelt und erhöhen die staatlichen Einnahmen. In diesen Zahlen drückt sich nicht nur das Schröpfen der Arbeitnehmer durch den Staat aus, was dieser durch die Quoten auf das BIP verschleiert. Vielmehr zeigt sich die Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Wer will als qualifizierte Fachkraft bei diesen Abzügen noch in Deutschland arbeiten? Dazu noch hohe Energie- und Bürokratiekosten. Da wird es für Deutschland schwierig, Unternehmen vom Standort Deutschland zu überzeugen. Was für Deutschland gilt, gilt in vergleichbarer Weise für andere technologisch fortgeschrittene Länder in Westeuropa, für die die soziale Marktwirtschaft das prägende Wirtschaftssystem des Landes ist.

In der Summe ist das BIP, insbesondere als Maßstab für finanzwirksame Ausgaben, wie Zahlungen für Zinsen, Renten oder vielerlei Sozialleistungen, deutlich zu hoch ausgewiesen. Tatsächlich betragen die realen, konsolidierten Einnahmen für Deutschland lediglich 55 % des BIP.<sup>8</sup> Die Verschuldung in Deutschland übersteigt die jährlichen Einnahmen der Nation bereits deutlich. In Italien sind die Staatsschulden fast dreimal so hoch wie die jährlichen Einnahmen. Die Staaten sind also viel weniger leistungsfähig, als die BIP glauben machen wollen. Da die Politiker zwecks Wiederwahl die Bürger mit Leistungen aller Art gerne bedienen, sind die staatlichen Budgets bereits in Boomzeiten am Limit. Die kleinste konjunkturelle Delle führt dazu, dass die Ausgaben die Einnahmen übersteigen.

Bisher gab es dafür einen scheinbar eleganten Ausweg. Unter Führung der Notenbanken und tätiger Mithilfe der Geschäftsbanken wurde Geld in unvorstellbarem Ausmaß geschaffen. In Abhängigkeit von der Umschlagsgeschwindigkeit verschwindet das

6. »Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich«, Bundesfinanzministerium, in: Handelsblatt vom 24.07.2023, S. 8/9

7. ebenda

8. Siehe Berechnung in Teil III, 8.2, S. 158 ff.

Geld zum großen Teil wieder, weil es entweder für Investitionen in Produktivkapital oder den Bau von Immobilien verwendet wird. Schulden werden aber auch für Spekulationen oder für vorgezogenen Konsum aufgenommen. Konsum also, der noch nicht durch Einnahmen gedeckt ist. Gerade bei Letzterem tun sich Staaten bzw. die Politiker besonders leicht. Sie nennen das Konjunkturstützung oder Stützung der Nachfrage. Was bleibt von der scheinbar unerschöpflichen Geldvermehrung, sind die Schulden. *Der viel bessere Maßstab für die Geldvermehrung als die Geldmenge selbst sind daher die Schulden.* Die weltweiten Schulden stiegen in diesem Jahrhundert von Jahr zu Jahr deutlich schneller als das weltweite BIP, obwohl das BIP als Maßstab den Schuldenstand zu gering ausweist. Was passiert, wenn man es mit der Verschuldung übertreibt, erleben meist nur Entwicklungs- und Schwellenländer. Sie werden insolvent. Europa und die USA konnten sich dieser Konsequenz aufgrund der weltweiten Dominanz ihrer Währungen bisher entziehen.

Eigentlich sind die Notenbanken mit ihrer Geldpolitik nur für den Erhalt der Preisstabilität verantwortlich, indem sie die Geldmenge so steuern, damit es nicht zu deren extensiver Ausweitung und zu Inflation kommt. Das passiert, wenn die Nachfrageunterstützung auf ein nicht ausreichendes Angebot trifft. Die Preise steigen dann schneller. Da die Energie- und Rohstoffpreise sowie die Vorleistungen angesichts gestörter Lieferketten massiv gestiegen sind, ist die aktuelle Inflation allerdings stark angebotsseitig bedingt. Die in den Boomjahren nach der Finanzkrise falsche, weil viel zu lockere Notenbankpolitik führt jetzt dazu, dass die wegen steigender Preise anziehenden Löhne auf Zinssteigerungen der Notenbanken und die gleichzeitige Begrenzung der Geldmenge stoßen. Die Unterstützung der Bürger durch die Geld- und Finanzpolitik ist deshalb jetzt sehr begrenzt, weil das Geld schon während der Boomjahre verpulvert wurde. Das kann man nur als Scheitern der Notenbankpolitik der letzten Jahre bezeichnen. Die EZB hat nach Eintritt der hohen Inflation verlauten lassen, dass ihre prognostischen Modelle möglicherweise doch nicht die richtigen Signale lieferten. Das ist besonders fatal, weil jeder informierte Bürger schon länger in der Lage war, zutreffendere Prognosen abzugeben.

Ähnliches wie für die Notenbanken und ihre Geldpolitik gilt für die Nationen selbst. Staaten können die Nachfrage durch extensive Finanzpolitik in konjunkturellen Schwächephasen unterstützen. Die Analysen von Keynes<sup>9</sup> und seine Schlussfolgerungen waren durchaus zutreffend. Verfolgt man aber die Politik westlicher Staaten, befinden wir uns seit siebzig Jahren mehr oder weniger im Krisenmodus.

Finanz- und Geldpolitik dienen letztlich der realen Güterwirtschaft. Dort ist die Entwicklung der Weltwirtschaft und die der einzelnen Nationen von Bedeutung. In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Führung der ehemals oder noch kommunistischen Länder nicht nur die Märkte dieser Länder weitgehend

9. Britischer Ökonom, der die Finanzpolitik als Instrument der Konjunkturpolitik etablierte

verschlossen, sondern die Zentralverwaltungswirtschaft hat auch verhindert, dass diese Länder konkurrenzfähige Produkte am Weltmarkt anbieten konnten. So konnten sich die marktwirtschaftlich organisierten Länder des Westens ohne Konkurrenz aus diesen Ländern in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg einen immensen technologischen Vorsprung erarbeiten und die Märkte dieser Welt allein bedienen. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Beitritt Chinas zur WTO erschlossen sich für den Westen dann nicht nur weitere große Absatzmärkte. Gleichzeitig stand mit China und anderen Ländern, für die Westeuropäer in Osteuropa direkt vor der Haustüre, ein riesiges Potenzial preiswerter Arbeitskräfte zur Verfügung. Der Wohlstand der Bürger westlicher Länder schien keine Grenzen zu kennen.

Insbesondere durch die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung dieser Pandemie in China kam es zu Verzögerungen und Unterbrechungen der Lieferketten. Die Havarie des Containerschiffs *Ever Given* im Suezkanal, die einen massiven Stau anderer Schiffe verursachte, machte deutlich, wie fragil die globalen Lieferketten sind. Diese Vorkommnisse haben dafür gesorgt, die Lieferketten und die Art der globalen Arbeitsteilung zu überprüfen und zu verändern. Die daraus abgeleiteten Maßnahmen wie Nearshoring oder Friendshoring und der beschleunigte Umstieg auf erneuerbare Energien kosten Geld und sind geeignet, den Wohlstand einzuschränken oder jedenfalls seinen Zuwachs zu begrenzen.

Gleichzeitig mehren sich in den entwickelten westlichen Gesellschaften Stimmen, insbesondere in der jüngeren Generation, die die Art und Weise, wie der Westen wirtschaftet, kritisieren. Die Economists for Future, deren Vorbild die Fridays-for-Future-Bewegung ist, beurteilen die Wirtschaftsweise des globalen Nordens als extraktivistisch. Darunter verstehen sie den rücksichtslosen weltweiten Abbau von Rohstoffen, die Nutzung von Anbauflächen anderer Länder sowie das Hinterlassen von Müll oder Emissionen. Diese extraktivistische Lebensweise des globalen Nordens werde auf dem Rücken des globalen Südens ausgetragen. Notwendig sei eine sozial-ökologische Transformation. Weg vom linearen Wirtschaften hin zu nachhaltigem Wirtschaften und zu einer Kreislaufgesellschaft. Das kritisierte Wirtschaften des globalen Nordens (die demokratischen, technologisch fortgeschrittenen westlichen Länder wie Nordamerika, Europa und Australien) wird dem Kapitalismus angelastet. »Fuck the system, not the planet«, skandieren die Mitglieder von Fridays for Future. Einem marktwirtschaftlichen und entsprechend der ökonomischen Prinzipien auf den sparsamen Einsatz von Ressourcen ausgerichteten Wirtschaftssystem die Konsequenzen für die Verhaltensweisen der Gesellschaften anzulasten, ist nicht nur merkwürdig, sondern falsch. So vergeht kaum eine Rede von Politikern westlicher Demokratien, die in guten Zeiten noch mehr Wachstum und noch mehr Wohlstand für ihre Bürger und in schlechten Zeiten Unterstützungen aller Art durch den Staat versprechen. *Der Wunsch nach ständig steigenden nationalen Einkommen (BIP) ist kein Merkmal des Kapitalismus, sondern Ziel der Regierenden.* Marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaftssysteme sind flexibel, und gut geführte Unternehmen sind auch in stagnierenden Märkten erfolgreich.

Die Notwendigkeit der Menschheit, in Zukunft nachhaltiger zu wirtschaften, um den Planeten lebensfähig für ihre eigene Art zu erhalten, ist unstrittig. Leider verfällt die Politik bei der Propagierung zukünftiger Herausforderungen, wie der Umstellung der Energiegewinnung und dem Umbau von linearer Wirtschaft auf Kreislaufwirtschaft auf die bekannten Muster politischer Versprechungen. Einmal mehr werden die Umstellungen als Wachstumschance propagiert, welche die Wertschöpfung und den Wohlstand der Bürger erhöhen. Zwar mögen sich durchaus Chancen für Europa bei der Transformation der Wirtschaft ergeben. Aber dies ist bei weltweiter Konkurrenz kein Automatismus, was sich schon daran erkennen lässt, dass China längst die führende Rolle bei Windkraft und Photovoltaik übernommen hat. Eher besteht die Gefahr, dass es zumindest in der Übergangszeit zu Einbußen bei den nationalen Einkommen und damit beim Wohlstand kommt.

Eine Entwicklung, die in den technologisch führenden Ländern in ihren Ausmaßen noch nicht verstanden wird, ist die zunehmende globale Konkurrenz. Bei der Diskussion um globale Veränderungen und ihren Einfluss auf Wirtschaft und Wohlstand dominieren zwei Themen. Der Machtkampf zwischen den USA und China um die geopolitische Vorherrschaft und die Erkenntnis der erreichten Abhängigkeit von Rohstoffen und Zulieferern in kritischen Bereichen. Die Einstellung der wohlhabenden Länder des Westens, schmutzige Arbeiten wie Bergbau, Veredlung und arbeitsintensive Arbeiten anderen Ländern zu überlassen, hat diese Abhängigkeit zumindest mit verursacht.

Die zunehmende globale Konkurrenz bedeutet jedoch viel mehr. Ein langwieriger, aber in seinen Auswirkungen für die wohlhabenden Länder des Westens kaum zu unterschätzender Prozess. Dabei gibt es Parallelen aus der Vergangenheit. Das erste Land, das nach dem Zweiten Weltkrieg technologisch aufgeholt hat, war das zunächst isolierte Land Japan. Die Älteren erinnern sich noch an die ersten Autos, die Japan nach Europa exportiert hat. Schlicht in Design und Technologie. Heute ist Toyota das weltgrößte Unternehmen der Automobilindustrie. Es folgten optische Geräte, die Unterhaltungsindustrie und vieles mehr. Südkorea hat den Aufholprozess schneller geschafft. Koreanische Automarken wie Hyundai und Kia sind auf Europas Straßen längst keine Seltenheit mehr. Mit Samsung dominieren die Südkoreaner neben Apple den Smartphone-Markt. Außer VW ist heute kein Hersteller des Autolands Deutschland noch unter den ersten zehn größten Automobilherstellern der Welt. Jetzt schicken sich die Chinesen an, ihre elektrisch betriebenen Fahrzeuge nach Europa zu exportieren. In dem für die CO<sub>2</sub>-neutrale Mobilität so wichtigen Automarkt sind die Chinesen bereits Marktführer weltweit. In Vietnam steht der hierzulande unbekannt Autohersteller Vinfast in den Startlöchern, um den globalen Automarkt aufzurollen.

Taiwan, die Philippinen, Vietnam, Indonesien; natürlich auch China, Indien, Brasilien und viele andere mehr – sie sind nicht mehr zufrieden mit ihrer bisherigen Rolle als Rohstofflieferanten und als billiges Arbeiterreservoir für den wohlhabenden Westen. Ihre Forderungen nach mehr Anteil an der globalen Wertschöpfung werden deutlicher. Was wir derzeit erleben, ist eine zunehmende Konkurrenz auf den weltweiten

Absatz- und Beschaffungsmärkten. Bis vor ein, zwei Dekaden schien es, als hätten die technologisch fortgeschrittenen Länder ein Monopol auf den Verkauf hochwertiger Güter und den Zugriff auf die weltweiten Ressourcen. *Wer in Zukunft seinen Wohlstand halten oder fördern will, muss sich der zunehmenden Konkurrenz auf den Weltmärkten bewusst sein. Die Erwirtschaftung nationaler Einkommen auf diesen Märkten wird herausfordernder. Wer glaubt, sich dieser Konkurrenz durch Konzentration auf den Binnenmarkt entziehen zu können, irrt.* Die Einsicht, für mehr Wohlstand sein Einkommen steigern und arbeiten zu müssen, ist für Menschen in den Schwellenländern selbstverständlich. Auch in dem, nach Ansicht der Europäer neoliberalen kapitalistischen Amerika ist diese Einsicht noch ausgeprägt. In dem sozialliberalen Europa haben hingegen die Ideen des englischen Politikers und Ökonomen Lord Maynard Keynes die Oberhand gewonnen. Dass dessen auf der Psychologie des Verbrauchs aufbauende These von der Nachfrageunterstützung nur für konjunkturell schwierige Zeiten gilt und dass die dafür notwendige Verschuldung in guten Zeiten wieder zurückgeführt werden soll, wird dabei geflissentlich übersehen. Warum soll der Staat mit dem Geld auskommen, das ihm die Bürger zur Verfügung stellen, wenn sich Geld zur weiteren Verteilung von Wohltaten ganz einfach aus dem Nichts schaffen lässt. Ohne jegliche Leistung?

Die sozial-ökologische Wende ist das neue Schlagwort, das nicht zu einem vorsichtigeren Umgang mit dem Geld der Bürger mahnt, sondern mehr Geld für alle möglichen Zwecke fordert. Strukturförderung, Energiewende, Mindestlohn oder Bürgergeld sind dominierende Themen, wenn es angeblich um Wirtschaftspolitik geht. Die Einsicht, dass das von der Wirtschaft unter globaler Konkurrenz auf den Weltmärkten erwirtschaftete Einkommen die materielle Basis einer Nation bildet, scheint verloren gegangen. Die eigene Wirtschaft zu unterstützen, statt sie zu bekämpfen, sollte eigentlich eine Tugend sein. Wenn die Wirtschaft überhaupt gefördert wird, dann nur, wenn die Investitionen zu einem geringeren CO<sub>2</sub>-Verbrauch durch Energieeinsparung oder die Nutzung erneuerbarer Energie führen. Erneuerbare Energien brauchen neue Stromtrassen, erhebliche Speicherkapazitäten und das Vorhalten konventioneller Energieerzeuger für die volatilen Energielieferanten Wind und Sonne. Sind sie in der Summe teurer als die bisher auf fossilen Rohstoffen basierende Energieerzeugung, dann erzeugt diese Umstellung kein Wachstum, wie uns die Politiker weismachen wollen, sondern erschwert den Erhalt des Wohlstandsniveaus.

Gleichzeitig greifen die Digitalisierung und die künstliche Intelligenz tief in das Leben der Menschen und den Wirtschaftskreislauf ein. Sie führen zu einer weiteren Automatisierung der Produktionsprozesse. Vor allem aber werden sie viele der heute den Menschen vorbehaltenen Arbeitsprozesse in Dienstleistungsbereichen automatisieren. Damit verändert sie nicht nur die Arbeitswelt, sondern auch die Art, wie der Staat seine Einnahmen generiert. Das geschieht heute, wie oben geschildert, in hohem Maße durch die Besteuerung der Arbeitseinkommen. Wird der Produktionsfaktor Arbeit durch digitale Prozesse ersetzt, muss die Politik andere Wege finden, aus der Wertschöpfung der Nation staatliches Einkommen zu generieren. Die künstliche

Intelligenz (KI) erlebt mit ChatGPT und jetzt auf den Markt kommenden anderen Deep-Learning-Produkten gerade einen Höhepunkt. Die schöpferische Zerstörung etablierter Geschäfte durch die Neukombination von Produktionsfaktoren, Innovationen und Absatzmärkten greift tief in das Wirtschaftsgeschehen ein und beeinflusst das Einkommenspotenzial der Nationen.

Wie aber sollen wir diese Veränderungen der Wirtschafts- und Arbeitswelt in ihren Folgen für das Einkommen einer Nation verstehen, wenn wir schon das Einkommen der Nation falsch berechnen? Ökonomen sollte der Unterschied zwischen BIP und Volkseinkommen klar sein. In der Öffentlichkeit wird allerdings der Eindruck vermittelt, BIP und das Einkommen einer Nation seien identisch. Schließlich beziehen sich die Maßstäbe von Belastungsfaktoren einer Nation, wie Zinsen, Sozialkosten, Staatsanteil usw., auf das BIP und sie werden entsprechend veröffentlicht und kommentiert. Zu diesem falschen Bild trägt auch die Ermittlung der Wertschöpfung einer Nation bei. Ein Wert, der den Bürgern glauben machen will, Dienstleistungen hätten den größten Anteil an nationaler Wertschöpfung.

Arbeitseinkommen, also der Faktor Arbeit dominiert den Wert der Wertschöpfung von Dienstleistungen. Deshalb gilt als positives Signal in der derzeitigen rezessiven Phase, dass die Arbeitsmärkte sich als »robust« erweisen. Dass also die Erwerbstätigkeit hoch bleibt und die Arbeitslosigkeit allenfalls gering zunimmt. Für diese Aussage ist gleichgültig, ob Arbeitsmärkte robust sind, weil die Wirtschaft stabil ist oder weil Überalterung und neue bürokratische Vorschriften Arbeit generieren. Die positive Besetzung der Robustheit wird davon hergeleitet, dass der hohe Beschäftigungsstand für stabilen Konsum sorgt. Dass dieser simple Zusammenhang nur galt, als Nationen ihr BIP in großen Teilen auf dem eigenen Markt erwirtschaftet haben, wird entweder ignoriert oder ist noch nicht in das Bewusstsein eingedrungen. In einer globalen Wirtschaft gilt dieser Zusammenhang nur noch sehr eingeschränkt. Große Teile des Konsums – und auch der Herstellung – werden heute durch Importe befriedigt.

Bei einem solchen Bündel an Fehlinformationen verwundert nicht, dass große Teile der Bevölkerung keine Kenntnis darüber haben, wie ihr Einkommen und ihr Wohlstand gesichert werden. Nur ein kleiner Kreis von Menschen hält sich für ausreichend ausgebildet, die Zusammenhänge nationalen Wirtschaftens zu verstehen. In die Schulen der allgemeinen Wissensbildung findet die Lehre von der Wirtschaft den Weg schon lange nicht mehr. Das unterscheidet uns von unseren Vorfahren. Für diese war es selbstverständlich, ihrem Nachwuchs das Jagen und Sammeln oder nach dem Sesshaftwerden die Fruchtfolge, Zeiten für Säen und Ernten sowie die Bedeutung von Wetterphänomenen beizubringen. Heute glauben die meisten Menschen, Einkommen entstehe, wenn sie sich morgens zur Arbeit aufmachen und dafür einen Lohn erhalten. Für den individuellen Haushalt ist das natürlich der Fall. Aber ökonomisch betrachtet entsteht Einkommen dadurch, dass konkurrenzfähige Güter hergestellt werden, die am Weltmarkt Absatz finden. Nur in der einfachen Vorstellung einer geschlossenen, national agierenden Volkswirtschaft gibt es den unmittelbaren Zusammenhang

zwischen Herstellung der Güter, den damit erwirtschafteten Einkommen sowie dem Konsum durch erhaltene Löhne, Gewinne und Pachten.

In einer globalen, nicht national organisierten Wirtschaft sichert hingegen nur die Fähigkeit, für die erstellten Güter hohe Preise am Markt zu erzielen, ein hohes Lohnniveau und damit Wohlstand für ein Land und seine Bürger. Voraussetzung für hohe Preise und hohes Einkommen sind wiederum ein hohes technologisches Niveau und hohe Produktivität, die nur durch den Zugang zu den dafür notwendigen Rohstoffen und mit ausreichender Energie erreicht werden kann. Gerät der technologische Vorsprung in Gefahr, sei es durch mangelnde Bildung, Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, schwindende Standortqualität oder eingeschränkten Zugang zu Beschaffungs- und Absatzmärkten, gerät auch der Wohlstand in Gefahr, und das Gesellschaftssystem droht zu kollabieren.

Nie zuvor in der menschlichen Geschichte war Arbeit humaner und war der Wohlstand höher. Jedenfalls in den technologisch früh entwickelten Ländern. Die immer komplexeren Organisationen in den Unternehmen und den Staaten führten im Verlauf der Entwicklung dazu, dass immer mehr Menschen sich indirekten Aufgaben widmeten. Etwa Aufgaben der Bildung, der inneren Sicherheit, des Rechtswesens, der politischen Führung der Kultur oder der Wissenschaft. Oder Aufgaben, die zu früheren Zeiten in Familien geleistet wurden. Immer größere Teile der Bevölkerung leben zudem von Transfereinkommen und hatten nie oder schon lange Zeit keinen Kontakt zu jeglichen Formen der Einkommenserzielung. Diese Ferne zu direkten Aufgaben des materiellen Überlebens sind der Humus, auf dem lebensferne Ideen des sozial-ökologischen Umbaus oder der Bewältigung der Transformation der Gesellschaft durch falsche Vorstellungen und daraus abgeleiteten politischen Zielen gedeihen.

Die politischen Führungskräfte des technologisch hochentwickelten Westens stehen vor einer Herkulesaufgabe. Sie müssen ihre Bürger darauf vorbereiten, dass das Verteidigen ihres Wohlstands in Zukunft größter Anstrengungen bedarf. *Es ist die Transformation der Gesellschaften, der Nationen.* Transformationsprozesse sind nicht neu. Einzigartig ist die Gleichzeitigkeit der Herausforderungen, verbunden mit der Wucht einzelner Veränderungen. Diese Gleichzeitigkeit beruht allerdings zu einem Teil auf eigenem Verschulden. Der heraufziehende Klimawandel war absehbar und noch deutlicher die Alterung der Gesellschaften. Offensichtlich wurde immer der Gegenwart der Vorzug gegeben. Der unheilvolle Überfall Russlands auf die Ukraine und das rücksichtslose Erpressen der Weltbevölkerung bei Energie und Nahrungsmitteln durch Putin zeigen deutlich, wie die Menschheit weltweit aufeinander angewiesen und wie fragil die Lebensbasis der mittlerweile acht Milliarden Menschen tatsächlich ist.

Die mangelnde Kenntnis über die wirtschaftlichen Faktoren, die den Wohlstand in den technologisch fortgeschrittenen Ländern ermöglicht haben und sichern können, ist die größte Hürde für die Transformation der Nationen. Insbesondere die Einstellung auf die zunehmende globale Konkurrenz. Die Notwendigkeit, die Kräfte für den zunehmenden weltweiten Wettbewerb zu bündeln, kommt zudem zu einem denkbar

ungünstigen Zeitpunkt. Denn tatsächlich müssen vor allem die technologisch fortgeschrittenen Länder einsehen, dass sie nicht weiter wirtschaften können wie bisher. Die Einsicht, dass die Nutzung fossiler Rohstoffe als primäre Energieträger die Erde erwärmt und die Zukunft der Menschheit bedroht, ist nicht zu leugnen. Dazu kommen die Umweltverschmutzung und das Artensterben. Die Umstellung auf CO<sub>2</sub>-freie Energieerzeugung, eine ressourcenschonende Produktion durch Kreislaufwirtschaft und die Vermeidung der Übernutzung unseres Planeten sind unabdingbar. Zu dieser Umstellung auf ein Ressourcen schonendes Wirtschaften kommt der Fakt, dass viele Gesellschaften altern. Auch in Europa und insbesondere in Deutschland. Dadurch sinkt das Arbeitskräftepotenzial insgesamt, während gleichzeitig die finanzielle Belastung der Nationen durch Renten, Pflegekosten und Gesundheitskosten steigt. Die Rahmenbedingungen verschlechtern sich also oder sind zumindest herausfordernder.

Die Transformation zu meistern, d. h. unter den erschwerenden Rahmenbedingungen des CO<sub>2</sub>-freien Wirtschaftens und der Überalterung der Gesellschaften, dürfte den Europäern besonders schwerfallen. Der vor allem von ihnen selbst gepriesene dritte Weg des Kapitalismus, die soziale Marktwirtschaft, hat statt der Dominanz der Eigenverantwortung den Ruf nach dem Staat gefördert. Die westeuropäischen Staaten haben sich mit enormen Fixkosten belastet. Diskussionen um die Vier-Tage-Woche und eine insgesamt geringere Arbeitsbelastung bei gleichem Lohn sind vor allem Phänomene in Europa. Sie zeigen, dass die Herausforderungen der Zukunft entweder negiert oder nicht verstanden werden. Das bedeutet nicht, dass Europa nicht prinzipiell in der Lage wäre, die künftigen Herausforderungen zu meistern. Ein immer noch hoher Bildungsstandard, führende Forschung auf diversen naturwissenschaftlichen Gebieten, Rechtsicherheit und eine trotz jahrzehntelanger Vernachlässigung immer noch weitgehend intakte Infrastruktur sind gute Voraussetzungen.

So reiht sich das vorliegende Buch keineswegs in die Reihe der Untergangspropheten ein. Vielmehr geht es darum, die Realität des globalen Wirtschaftens und die Bedeutung dieses globalen Wirtschaftens für die Nationen darzustellen. Beim Umgang mit dem globalen Wettbewerb werden andere Wege aufgezeigt, als sie in gültigen makroökonomischen Modellen und gesamtwirtschaftlichen Rechnungen dargestellt werden. So soll ein Fundament des Verständnisses geschaffen werden, auf dem die Transformation gelingen kann. Die Vermittlung der Kenntnis weltweiten Wettbewerbs und der Einbettung nationaler Wertschöpfung in dieser globalen Wirtschaft ist zentraler Inhalt des Buches und nimmt quantitativ den größten Raum ein.

Nach der Einleitung werde ich die Herausforderungen, die auf uns zukommen, näher beleuchten. In Teil II befasse ich mich mit globalen Märkten und ihrer Bedeutung. In Teil III geht es um die Wirtschaft der Nationen. Insbesondere die Wertschöpfung, das Einkommen und die Arbeit werden auf eine neue Grundlage gestellt. Da mir vor allem die Daten zu Deutschland zugänglich und bekannt sind, werde ich diese vornehmlich in Beispielen verwenden. Mit seiner internationalen wirtschaftlichen Verflechtung ist

Deutschland dafür gut geeignet. Soweit nicht explizit erwähnt, gelten Analysen und Konsequenzen sinngemäß für alle technologisch hoch entwickelten Länder der westlichen, demokratisch organisierten Länder.

Nicht nur das Verständnis von Wirtschaft im Allgemeinen, sondern auch das Verständnis davon, was Geld, Kapital und Schulden bedeuten und welche Funktion sie jeweils haben bzw. welche Risiken sie jeweils bergen, ist wichtig. Damit befasste ich mich in Teil IV. Wenn die Grundlagen und Parameter wirtschaftlicher Zusammenarbeit in einer globalen Welt im Allgemeinen und die Grundlagen des Wohlstands im Besonderen herausgearbeitet sind, ist das Fundament geschaffen, auf der die Transformation der Nationen erfolgen kann. Die Bewältigung der Transformation ist eine vornehmlich politische Aufgabe, bei der es insbesondere darum geht, die Bevölkerung mitzunehmen. Im vorliegenden Buch geht es bei gleichlautendem Titel um das wirtschaftliche Fundament, auf dem diese Transformation erfolgt und gelingen kann.

